

## **Positionspapier für ein demokratisches Miteinander in der Postmigrationsgesellschaft – aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auftreten**

Das Positionspapier reagiert auf eine zunehmende Normalisierung rassistischer und rechtsextremer Diskurse im Kontext bevorstehender Wahlen und auf einen allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft. Es unterstreicht die entscheidende Rolle der Sozialen Arbeit in der Förderung eines demokratischen und menschenwürdigen Miteinanders in einer sich stetig wandelnden Postmigrationsgesellschaft. Wir, die Arbeitsgruppe „Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (ogsa) möchten mit diesem Positionspapier unsere gesellschaftspolitische Verantwortung als Wissenschaftler\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Bürger\*innen wahrnehmen und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus setzen. Wir möchten an Verantwortliche in Politik und Wissenschaft, in der Zivilgesellschaft und der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession appellieren, sich ihres demokratischen Auftrags zu erinnern.

Die aktuellen migrationsfeindlichen Wahlkampfthemen verstärken jene gesellschaftlichen Spaltungen, die dem Ideal einer offenen, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft entgegenstehen. Dazu gehören die Debatte um „Remigration“ seitens der extremen Rechten mit der FPÖ, die Zwangsabschiebungen von „unerwünschten Fremden“ erhofft, aber auch jene von der ÖVP forcierte Debatte über eine "Leitkultur", die alle ausschließt, die nicht "traditionelle" und konservative Werte leben. Anhaltende kriegerische Konflikte und der Klimawandel mit seinen Folgen lassen jedoch erwarten, dass Migration künftig zunehmen wird. Eine sozialökologische Transformation der Postmigrationsgesellschaft, an der sich auch die Soziale Arbeit beteiligt, wird daher notwendig. Neben der menschenverachtenden, rassistischen und teils hetzerischen öffentlichen Rhetorik leiden die Wahlen in Europa und insbesondere in Österreich an einem grundlegenden Demokratiedefizit, denn das restriktive Einbürgerungsrecht führt dazu, dass weiten Teilen der Bevölkerung keine Möglichkeit zur politischen Partizipation gegeben ist. Stimmen von marginalisierten Personengruppen werden somit systematisch unsichtbar gemacht. Politische Bildung, Räume, in denen demokratische und menschenrechtliche Grundwerte erlernt und erlebt werden können, stellen die Grundlage für ein demokratisches Miteinander dar und können als Widerstand gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Ideologien verstanden werden.

Deshalb fordern wir von der Politik, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft sowie der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession,

1. Stimmen von marginalisierten Gruppen sichtbar zu machen,
2. Angebote der Demokratie- und Menschenrechtsbildung auszubauen und nachhaltig zu fördern,
3. diskriminierungs- und machtsensible Beratungsangebote für von rassistischer und antisemitischer Diskriminierung Betroffene auszubauen und nachhaltig zu fördern,
4. Strategien und Maßnahmen gegen strukturellen Rassismus auszubauen und institutionell zu verankern,
5. sich gegen rechtsextreme, rassistische und antisemitische Ideologien klar zu positionieren.